

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

Spanischer Vizeadmiral in Madrid ermordet

Madrid (AP) Der Generaldirektor für Verteidigungspolitik im spanischen Verteidigungsministerium, Vizeadmiral Fausto Escrigas Estrada, ist am Montag in der Madrider Innenstadt einem Attentat zum Opfer gefallen. Das spanische Verteidigungsministerium machte die baskische Nationalistenorganisation ETA für die Tat verantwortlich.

Escrigas war seit 1984 im Verteidigungsministerium für die Bekämpfung des Terrorismus und die Politik gegenüber dem Ausland zuständig. Er wurde dem Ministerium zufolge auf dem Weg zur Arbeit erschossen. Die Attentäter hätten mit ihrem Wagen dem Dienstwagen des Offiziers den Weg versperrt und mit einer Maschinenpistole das Feuer eröffnet. Escrigas' Fahrer sei lebensgefährlich verwundet worden.

Escrigas gehörte seit 1943 der Kriegsmarine an und hinterlässt eine Frau und vier Kinder. Er ist das 24. Todesopfer des politischen Terrors in Spanien in diesem Jahr. Zu den übrigen Morden hatte sich die ETA bekannt. Seit Beginn ihres Untergrundkampfes hat die Baskenorganisation nach eigenem Bekunden mehr als 530 Angehörige der Polizei und der Streitkräfte ermordet.

Kurz nach dem Attentat wurde das Fluchtauto wenige Strassenzüge entfernt in einem Wohnviertel Madrids verlassen aufgefunden. Die Polizei sperrte die Strasse und evakuierte die Einwohner der umliegenden Häuser, weil sie vermutete, dass das Auto zu einer Bombenfalle ausgebaut wurde.

Österreich bereitet «strengstes Weingesetz» vor

Krisengipfel beschliesst Massnahmen zur Begrenzung des Schadens im Weinskandal

Wien (AP) Vor dem Hintergrund der katastrophalen Auswirkungen des österreichischen Weinskandals auf die Weinwirtschaft des Landes wird nach den Worten von Bundeskanzler Fred Sinowatz in den nächsten drei Wochen «das strengste Weingesetz in Europa» ausgearbeitet werden. Sinowatz hatte am Montag in Wien einen österreichischen «Krisengipfel» zum Weinskandal geleitet, bei dem Massnahmen zur Begrenzung des Schadens durch den Panschskandal beschlossen wurden.

Eine offizielle sogenannte «Weisse Liste» unverfälschter Weine wird es nach den Worten eines Sprechers des Landwirtschaftsministeriums «sicher nicht» geben. Im Zusammenhang mit dem Skandal wurden bis zum Montag 16 Weinhändler festgenommen. Erstmals wurde das Frostschutzmittel Diäthylenglykol nun auch in österreichischem Sekt festgestellt. Es handelte sich jedoch nur um kleine Mengen.

An der Krisensitzung nahmen Landwirtschaftsminister Günter Haiden, Gesundheitsminister Kurt Steyrer, Handelsminister Norbert Steger sowie Vertreter der besonders betroffenen Bundesländer Burgenland und Niederösterreich, der drei Parlamentsparteien und der Wirtschaft teil.

Sinowatz hob erneut hervor, dass seit Bekanntwerden des Weinskandals alles Notwendige geschehen sei. Es sei nicht die Regierung gewesen, die den Wein verfälscht habe, sondern sie habe den Skandal erst aufgedeckt. Ausdrücklich

stellte sich der österreichische Kanzler vor Landwirtschaftsminister Haiden, dessen Rücktritt von der Opposition und den Medien immer vehementer gefordert wird. Sinowatz unterstrich, Haiden habe «gute Arbeit geleistet», und er werde sich nicht von ihm trennen.

Sondersitzung des Parlaments

Ende August oder Anfang September wird der österreichische Nationalrat auf einer Sondersitzung über einen Initiativantrag aller Parteien für ein schärferes Weingesetz beraten. Die reguläre Sitzungsperiode des Nationalrates beginnt erst am 25. September. An der Spitze der neuen Bestimmungen des Weingesetzes soll eine scharfe Qualitätskontrolle stehen. Sie soll ein generelles Aufzuckerungsverbot für Qualitätsweine, eine Beschränkung des Höchsttrages pro Hektar, genaue Herkunftsbezeichnungen, ein Verschnittverbot bei Sortenbezeichnungen, klare Angaben auf den Etiketten und amtliche Prüfnummern bringen. Die Bestimmungen sollen der französischen «Appellation controlee» gleichkommen. Am 1. September wird eine frühere Weingesetznovelle in Kraft treten, die jedoch als nicht mehr ausreichend gilt.

Ausserdem ist eine deutliche Verschärfung der Kontrollen vorgesehen. Beim Export soll künftig zudem ein Untersuchungszeugnis einer amtlichen Prüfstelle erforderlich sein. Als Sofortmassnahme ist eine Überprüfung aller Weine in den Regalen des Einzelhandels vorgesehen. Durch einen Aufkleber sollen geprüfte und unverfälschte Weine kenntlich gemacht werden.

Sinowatz kündigte ausserdem Hilfsmassnahmen für durch den Skandal geschädigte Weinbauern an. Einzelheiten

seien jedoch noch nicht ausgearbeitet. Landwirtschaftsminister Haiden teilte mit, dass über die Vernichtung der bisher beschlagnahmten 4,7 Millionen Liter gepanschten Weins erst nach einem Gerichtsbeschluss entschieden werden könne. Er sagte erneut, dass niemand in Europa in der Anfangsphase des Skandals über die Giftigkeit von Glykol Informationen gehabt habe.

«Eisprinzessin» mit 32 Gramm Frostschutzmittel

Die Erklärung des Pressesprechers des Landwirtschaftsministeriums, Kurt Schober, dass es keine «weisse Liste» der unverfälschten Weine geben werde, wurde mit Überraschung aufgenommen. Landwirtschaftsminister Haiden hatte eine solche Liste noch in der Vorwoche angekündigt. Schober meinte auf Anfrage, die Erstellung einer solchen Liste sei «nicht möglich».

Die Zahl der Festnahmen im Zusammenhang mit dem Weinskandal stieg bis zum Montag auf 16 Händler und Chemiker an. Das Gesundheitsministerium in Wien warnte unterdessen nochmals eindringlich vor dem Genuss sämtlicher Weine der Gebrüder Grill in Fels/Krems. In einer Probe «Eiswein, Grüner Veltliner, Eisprinzessin, Jahrgang 1979» wurden 32 Gramm Diäthylenglykol pro Liter festgestellt. Schober räumte auf Anfrage ein, dass das Frostschutzmittel nun auch in österreichischem Sekt gefunden worden sei. Bei zwei Firmen seien im Sekt «sehr geringe Mengen» festgestellt worden. Genauere Angaben wollte er nicht machen. Nach noch unbestätigten Informationen sollen jetzt auch Obstweine und andere ähnliche Produkte auf Diäthylenglykol untersucht werden.

Milliardenverluste im Kohle-Streikjahr

London (spk/dpa) Die britische Kohleindustrie hat während des im März zu Ende gegangenen Streikjahres einen Verlust von 2,23 Mrd Pfund (rund 7,4 Mrd Franken) hinnehmen müssen. 1,75 (5,8) Mrd wurden in dem von der Nationalen Kohlebehörde (National Coal Board/NBC) am Montag vorgelegten Jahresbericht direkt auf den Bergarbeiterstreik zurückgeführt.

Der Kampf der Bergleute gegen die Schliessung unrentabler Zechen legte die Arbeit in zwei Drittel der britischen Bergwerke lahm. Die Kohleförderung fiel um 65 Mio Tonnen.

Nach Angaben der NCB verlor der streikende Bergmann im Durchschnitt 10000 Pfund (rund 33000 Franken) an Lohngeldern.

Saudi-Arabien schickt Pilgerflugzeuge zurück

Nikosia (AP) Die am Montag von den saudiarabischen Behörden verfügte Abweisung zweier iranischer Pilgerflugzeuge mit Ziel Mekka stellt nach einem Bericht der Teheraner Nachrichtenagentur IRNA eine Belastung für die Beziehungen beider Länder dar. Der iranische Minister für islamische Lebensführung, Hodschatoleslam Mohammed Chatami, bezeichnete laut IRNA die saudiarabische Entscheidung als «gegen den Islam gerichtetes Vorgehen». Teheran habe beschlossen, alle Pilgerflüge nach Saudiarabien bis Ende des Jahres abzusagen.

Noch am Sonntag hatte die iranische Regierung verkündet, dass Saudi-Arabien für dieses Jahr die Aufnahme von 150000 Pilgern aus dem Iran zugesagt habe.

Fiskaleinnahmen der Schweiz im 1. Halbjahr 1985:

Zu wenig Vignetten verkauft

Bern (spk) Die aus dem Vignettenverkauf erzielten Einkünfte entsprechen nicht den Erwartungen. Von den veranschlagten 280 Mio Franken sind erst 110 Mio eingegangen. Gemäss der Zusammenstellung über die Fiskaleinnahmen des Bundes im 1. Halbjahr 1985, am Montag vom Finanzdepartement (EFD) veröffentlicht, bleibt auch die Schwerkverkehrsabgabe weit hinter den Budgeterwartungen.

In der ersten Hälfte des Jahres sind beim Bund Fiskaleinnahmen von über 11 Milliarden Franken eingegangen. Bis Ende Jahr sollte sich diese Zahl auf rund 20 Mrd erhöhen. Aufgrund der Eingänge bis Ende Juni muss bei den wichtigsten Fiskaleinnahmen mit gegensätzlichen Entwicklungen gerechnet werden. Aus heutiger Sicht könnten sich die Mehr- und Mindereinnahmen bei den einzelnen Positionen zu einem guten Teil kompensieren, so dass sich die Abweichungen vom Voranschlag, im Sinne einer Über- oder Unterschreitung, insgesamt in verhältnismässig engen Grenzen bewegen dürfte.

Mehr Stempelabgaben

Laut Voranschlag wird mit Steuereinnahmen (Bundessteuer, Verrechnungssteuer, Stempelabgaben, Warenumsatzsteuer, Tabak- und Biersteuer) von 16 Mrd gerechnet. Im ersten Halbjahr sind dabei 9606 Mrd eingegangen. Infolge einer äusserst regen Börsen- und Emissionstätigkeit zeichnet sich bei den Stempelabgaben erneut eine namhafte Verbesserung ab (1550 Mio sind veranschlagt, 969 Mio sind bereits eingegangen). Bei der direkten Bundessteuer und den Treibstoffzöllen ist dagegen zu befürchten, dass die budgetierten Beträge von gesamthaft 3,4 Mrd Franken nicht erreicht werden, nachdem erst 1,6 Mrd in die Bundeskasse flossen.

Weit hinter den Erwartungen

Die Einnahmen aus den beiden neuen Verkehrsabgaben (Vignette und Schwerkverkehrsabgabe) dürften Ende Jahr weit hinter den Budgeterwartungen zurückbleiben. Bei den Nationalstrassenabgaben ist noch lange nicht die Hälfte der

erwarteten 280 Mio eingegangen. Noch viel krasser sieht es bei der Schwerkverkehrsabgabe aus: 158 Mio sind fürs ganze Jahr budgetiert, bescheidene 17 Mio sind in die Kasse geflossen.

Gemäss EFD sind die bei der Schwerkverkehrsabgabe zu erwartenden Mindereinnahmen zum überwiegenden Teil Folge der auf den 1. Januar 1985 in Kraft gesetzten, stark reduzierten Abgabesätze für kürzerfristige Einfahrten ausländischer Fahrzeuge. Bei der Beurteilung des Halbjahresergebnisses dieser Abgabe bleibe zu berücksichtigen, dass sich ihr Einzugs durch die Kantone infolge der notwendigen Vorbereitungsarbeiten im ersten Jahr erheblich verzögere, gibt man im Finanzdepartement weiter zu bedenken.

Wird budgetiertes Defizit überschritten?

Im Halbjahresergebnis der Bundeseinnahmen sind die meisten Posten berücksichtigt. Es fehlen lediglich etwa 10 Prozent der Einnahmen aus Abgaben wie Preiszuschläge sowie der Militärflichtersatz, der jährlich abgerechnet wird. Auch wenn heute mehr als die Hälfte der budgetierten Einnahmen von 16 Mrd eingegangen ist, warnt man im EFD vor Schlüssen auf die mutmassliche Jahresrechnung. Wegen der verschiedenen Deklarations- und Fälligkeitstermine für die einzelnen Fiskalabgaben verteilen sich die Einnahmen nicht gleichmässig. Das EFD warnt auch vor Hochrechnungen aufgrund der Halbjahresanteile des Vorjahres, da bei der Bundessteuer und der Verrechnungssteuer gerade und ungerade Jahre nicht miteinander vergleichbar seien.

So will sich das Finanzdepartement hinsichtlich der Ausgabenentwicklung und des Rechnungsergebnisses nicht auf die Äste wagen. Immerhin deuteten aber die uneinheitliche Entwicklung der Fiskaleinnahmen und die bereits bekannten Kreditnachträge darauf hin, dass das budgetierte Defizit von 683 Mio Franken «recht deutlich überschritten werden dürfte», heisst es im EFD-Papier.

Unser Baugewerbe im Spiegel der Statistik:

In fünf Jahren 639 Mio. Franken investiert

(hoe) - Die Bauwirtschaft im Fürstentum Liechtenstein bewegt sich nach wie vor auf einem hohen Niveau. So wurden allein in den letzten fünf Jahren (von 1980-1984) insgesamt 639,1 Millionen Franken in das Bauhaupt- und Bauberggewerbe investiert. Nehmen wir den Zeitraum von zehn Jahren (von 1975 bis 1984) als Grundlage der Investitionsberechnungen, so ergibt sich die erstaunlich hohe Zahl von 1,11 Milliarden Franken (!), die an Kosten im Bereich der liechtensteinischen Gesamtbauwirtschaft aufgewendet wurden. Die Steigerung verdeutlicht sich aber auch in den Durchschnittswerten des Investitionsvolumens. Von 1975 bis 1979 fielen für die vier Sparten Wohnungsbau, industrielle und gewerbliche Bauten, landwirtschaftliche Bauten und Bauten der öffentlichen Hand Kosten in Höhe von 476,6 Millionen Franken an. Das ergibt einen jährlichen Durchschnittswert von 95,3 Millionen Franken.

Das bewilligte Bauvolumen für diesen fünfjährigen Zeitraum betrug 2,023 Millionen Kubikmeter. Das Bauvolumen erhöhte sich in den nächsten fünf Jahren bis 1984 auf 2,157 Millionen Kubikmeter mit einem Baukostenaufwand von 639,1 Millionen Franken und die durchschnittliche Jahresinvestition stieg von 93,3 Millionen Franken auf 127,8 Millionen Franken.

Wohnungsbau: dominierender Faktor

Die dominierende Rolle in der Bauwirtschaft nimmt nach wie vor der private Wohnungsbau ein. Nicht zuletzt auch deshalb, weil der private Wohnungsbau durch das Eigenheimförderungsgesetz staatlich gefördert wird. Seit der Einführung des Wohnbauförderungsgesetzes im Jahre 1958 sind in Liechtenstein mehr als 1200 Eigenheime mit zinslosen Darlehen gefördert worden. Der Anteil des privaten Wohnungsbaus in den letzten fünf Jahren am Gesamtvolumen betrug 423,9 Millionen Franken. Nach den Spitzen-

werten Ende siebziger, anfangs achtziger Jahre, wo man von «überhitzter Baukonjunktur» sprach, folgten 1982 und 1983 Jahre des Rückgangs in allen Baubereichen. Zur Verdeutlichung: 1980 betrug die Baukosten bei 554000 Kubikmeter Bauvolumen 121 Millionen Franken, davon flossen 77,9 Millionen Franken in den Wohnungsbau, 1981 erhöhte sich die Zahl des Bauvolumens und der Investitionskosten auf 179,9 Millionen Franken, davon flossen 108,6 Millionen Franken in den Wohnungsbau. Dann folgte das Jahr 1982 mit einem deutlichen Rückgang der Investitionsmittel auf 89,4 Millionen

Franken, wobei für den Wohnungsbau noch 61,8 Millionen Franken übrigblieben und 1983 steigerte sich die Zahl der Investitionen in den Bau auf 138,3 Millionen Franken, davon 79,1 Millionen Franken in den privaten Wohnungsbau. Im vergangenen Jahr konstatiert man einen zwar geringfügigen Rückgang der Baukosten auf rund 112 Millionen Franken, wobei aber mit 96,5 Millionen Franken ein vergleichsweise hoher Prozentsatz in den Wohnungsbau fliessen.

(Fortsetzung auf Seite 2)



Einen wichtigen Zweig in der Bauwirtschaft stellt nach wie vor der Wohnungsbau dar. Allein in den letzten fünf Jahren betrug der Anteil am Gesamtvolumen 423,9 Millionen Franken.